

BStU 000044

2.4. Straftaten zur Erzwingung der Obersiedlung

Wegen Straftaten zur Erzwingung der Obersiedlung wurden im Berichtszeitraum gegen insgesamt

549 Personen (1986: 891 Personen)

Ermittlungsverfahren eingeleitet; davon
bis 31. 8. 1987 gegen

493 Personen.

Dieser im Vergleich zum Vorjahr eingetretene Rückgang der Anzahl eingeleiteter Ermittlungsverfahren um fast 40% ist im wesentlichen auf eine weitere Differenzierung der Rechtsanwendung ab August 1987 zurückzuführen.

(Weitere 401 Personen (1986: 226 Personen), die in zurückliegender Zeit gleichfalls Obersiedlungersuchen gestellt hatten, wurden 1987 wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts (352/1986 = 172) bzw. anderer Straftaten (49/1986 = 54) in Bearbeitung genommen. Sie bleiben im folgenden unberücksichtigt.)

Mit dem Ziel der Durchsetzung ihrer Obersiedlung hatten

48 = 8,7% (72 = 8,1%)⁺ Personen Kontakte zu feindlich gegen die DDR tätigen Organisationen aufgenommen bzw. aufzunehmen versucht,

208 = 37,9% (344 = 38,6%) Personen ausländische staatliche Stellen, sonstige Einrichtungen und Personen sowie internationale Organisationen einbezogen bzw. einzubeziehen versucht,

245 = 44,7% (401 = 45,0%) Personen provokativ-demonstrative Handlungen in der Öffentlichkeit durchgeführt bzw. deren Begehung angedroht,

48 = 8,7% (74 = 8,3%) Personen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gegenüber staatlichen Organen, betrieblichen Funktionären und gesellschaftlichen Kräften herabgewürdigt.

⁺ Klammerzahl = Vergleichszahl 1986